

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt Amt für Jugend und Bildung	Nr. 017/2026
---	------------------------

Betreff:

Struktureller Umgang mit herausfordernden Fällen

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien Berichterstattung: Frau Frölich	09.03.2026

Zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) des Amtes für Jugend und Bildung unterstützt Kinder, Jugendliche und Familien durch Beratung, Hilfeplanung und Maßnahmen zum Schutz des Kindeswohls. Zunehmend sieht sich der ASD dabei mit besonders herausfordernden Fällen konfrontiert, für die bestehende Hilfsangebote der Kinder- und Jugendhilfe nicht ausreichen.

Hierzu zählen junge Menschen, die aufgrund ausgeprägter Verhaltensauffälligkeiten – etwa hohes Gewalt- und Eskalationspotenzial oder die Ablehnung von herkömmlichen Angeboten wie Wohngruppen – aus den vorhandenen Hilfesettings herausfallen. Die Ursachen hierfür sind häufig komplex und können unter anderem psychiatrische Diagnosen, Suchtmittelkonsum oder andere Beeinträchtigungen umfassen. In solchen Fällen müssen oftmals individuelle Lösungen entwickelt werden, was mit erheblichen personellen und finanziellen Ressourcen verbunden ist.

Ziel bleibt stets, diesen jungen Menschen Unterstützung im Rahmen der Jugendhilfe anzubieten und die Maßnahmen passgenau auf die individuellen Bedarfe abzustimmen. Wenn die vorhandenen Strukturen jedoch nicht ausreichen, sind ergänzende Maßnahmen erforderlich.

Um auf solche Situationen vorbereitet zu sein, wurde aus der AG §78 HZE heraus ein trägerübergreifendes Gremium zur gemeinsamen Beratung herausfordernder Fälle und komplexer Jugendhilfebedarfe eingerichtet. Dieses Gremium verfolgt das Ziel, eine Verantwortungsgemeinschaft zu bilden sowie die Ressourcen verschiedener Träger und Institutionen zu bündeln und in Einzelfällen miteinander zu verzahnen. Dieses Gremium befindet sich derzeit in einer Erprobungsphase.

Ergänzend wurde Kontakt zu Sicherheits- und Deeskalationsdienstleistern aufgenommen, die bereits in anderen Jugendämtern, bei freien Trägern oder in der LWL-Eingliederungshilfe eingesetzt werden.

Im überregionalen Austausch zeigt sich, dass die Entwicklungen im Kreis Warendorf den bundesweiten Trends in der Kinder- und Jugendhilfe entsprechen. Über die weiteren Entwicklungen wird der Ausschuss fortlaufend informiert.